

 **WEGEN MEME**

Schüler wegen Bundeswehrkritik verurteilt: „Protest gegen Militarisierung wird kriminalisiert“

Ein Freiburger Schüler protestierte mit Memes gegen Bundeswehr-Besuche an Schulen. Gegenüber der Berliner Zeitung rechtfertigt er sein Handeln.



Sinem Koyuncu

19.12.2025

🔄 20.12.2025, 10:45 Uhr

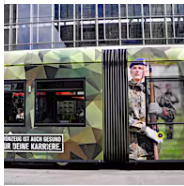


Berlin, Deutschland:Schulstreik gegen Wehrpflicht und Zwangsmusterung
Markus Wächter/Berliner Zeitung

Ein Schüler teilte ein Meme über die Bundeswehr auf Social Media, nun wurde er von einem Gericht verurteilt. Der 19-jährige Bentik muss nach Jugendstrafrecht 15 Stunden gemeinnützige Arbeit verrichten, entschied das Amtsgericht Freiburg am Donnerstag. Nach Ansicht des Gerichts hat er einen Bundeswehroffizier beleidigt. So hatte er ein Foto bearbeitet und veröffentlicht, das den Offizier bei einer Schulveranstaltung zeigt. Darüber berichtete die Berliner Zeitung bereits. Mittlerweile ist das sogenannte Meme aus dem Internet verschwunden.

Bentik räumte ein, dass er im Februar zwei nachbearbeitete Fotos des Bundeswehroffiziers auf Instagram gepostet hatte. Damals war er noch ein Schüler. Damit wollte er gegen die Bundeswehr und ihre Besuche an Schulen protestieren. In einem der Memes hieß es: „Kinder, wer von euch würde gerne an der Ostfront sterben?“ In dem anderen hieß es, der Offizier würde gleich einen Anruf von „SS-Siggi“ entgegennehmen. So stand auf dem

bearbeiteten Bild die fiktive Aussage des Offiziers: „Oh, da muss ich kurz rangehen.“



B+ Schüler wegen Bundeswehr-Kritik vor Gericht: „Meinungsfreiheit endet, wo sie Aufrüstung widerspricht“

Bürgerrechte 07.11.2025



B+ Satire oder Straftat? Schüler wegen Meme über Bundeswehr-Offizier angeklagt

Staatsanwaltschaft 31.10.2025



Gericht: Meme rücke Offizier persönlich in Richtung SS

Das Gericht entschied, dass zumindest das eine Meme den Offizier persönlich in die Nähe der SS rücke. Zudem unterstelle es dem Beamten, er hätte selbst eine „menschenverachtende Gesinnung“. Das müsse er, so das Amtsgericht Freiburg, auch im Rahmen von Satire nicht hinnehmen – zumal er unverpixelt und mit Namen erkennbar war. Das überschreite die Grenzen der Meinungsfreiheit. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Das sagt Bentik zu seiner Verurteilung

Bis zum Sommer war Bentik Schüler am Freiburger Angell-Gymnasium, wo er auch sein Abitur gemacht hat. Mittlerweile studiert er an der Universität Freiburg. Gegenüber der Berliner Zeitung äußert er sich nun mit deutlichen Worten: „Während dem Prozess wurde mir immer wieder erklärt, dass ein ‚Erziehungsauftrag‘ mir gegenüber umgesetzt werden muss – als wäre ich nicht mündig oder könnte die vermeintliche Schwere meiner Tat gar nicht begreifen.“ So habe das Gericht von einer „Jugendsünde“ gesprochen und Bentik ein „typisch jugendliches Verhalten“ unterstellt, erklärt der 19-Jährige.

„So wird der legitime Protest von mir und anderen Jugendlichen, die gegen Wehrpflicht und Militarisierung kämpfen, kleingeredet und gleichzeitig kriminalisiert. So geht dieser Staat, so geht die Justiz damit um, wenn Jugendliche sich politisch organisieren und für ihre Interessen eintreten“, sagt Bentik. Das Urteil des Amtsgerichts Freiburg habe ihn nicht überrascht, erzählt er weiter: „Wenn Jugendliche sich gegen diese Kriegstreiberei einsetzen, dann ist der Staat natürlich nicht unser Freund und Helfer, sondern unser Gegner.“

Schüler: „So oder so ist unser Protest legitim!“

Abschließend richtet Bentik deutliche Worte an andere Jugendliche, die sich gegen Wehrpflicht und Militarisierung einsetzen. Der Kampf müsse sich nämlich auch gegen das „verrottete patriarchal-kapitalistische System richten, welches immer wieder Kriege verursachen wird“. So dürften sich junge Menschen nicht davon einschüchtern lassen, wenn sie vor Gericht gebracht und verurteilt würden: „So oder so ist unser Protest legitim!“

Während des Gerichtstermins bekam Bentik breite Unterstützung von der Internationalen Jugend, bei der er sich engagiert. Die sozialistische Gruppierung setzt sich auch gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht ein. Sie kritisierte das Verfahren als Versuch, kritische Stimmen zur Aufrüstungspolitik und zur Präsenz der Bundeswehr an Schulen einzuschüchtern. So gab es vor dem Gerichtsgebäude einen Infostand sowie eine kleine Kundgebung der Gruppierung. Außerdem verfolgten einige Unterstützer und ehemalige Mitschüler die Verhandlung.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.